

57/0

Einrichtung von zwei zusätzlichen Wertstoffhöfen im Rahmen eines Pilotversuchs (Kosten rd. 160.000,00 €; Bedarfsprüfung (RPA-Nr. 141/41/44/09)

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit Schreiben vom 22.06.2009 übersenden Sie mir Ihre Bedarfsprüfung für die o. g. Maßnahme.

Ihre Bedarfsprüfung basiert auf einem entsprechenden Beschluss des Betriebsausschusses Abfallwirtschaft der Stadt Köln.

Dieser hatte in der Sitzung am 18.06.2009 beschlossen, an zwei weiteren Standorten Wertstoffannahmestellen für Papier/Pappe/Kartonagen, Leichtstoffe, Elektrokleingeräte und CD/DVD einzurichten. Die Annahmestellen sollen zunächst beim Umweltzentrum Köln-West in Köln-Sülz und beim Möbelverbund in Köln-Niehl eingerichtet werden.

Die von Ihnen übersandte Bedarfsprüfung nehme ich zur Kenntnis.

Eine darüber hinaus gehendes positives Votum vermag ich zu der vorgesehenen Maßnahme aufgrund der mir vorliegenden Unterlagen bzw. Informationen aus folgenden Gründen nicht abzugeben:

In allen Kölner Stadtteilen wurden bereits flächendeckend die Wertstofftonne (gelbe Tonne) und die Papiertonne (blaue Tonne) eingeführt. Um die Anschlussquote weiter zu erhöhen wurde eine aufwändige Nachakquisition seitens der AWB KG durchgeführt. Eine Steigerung ist m. E. nunmehr nicht mehr zu erreichen. Da ein wesentlicher Teil der genannten Stoffe (Papier/Pappe/Kartonagen, Leichtstoffe) bereits durch die genannten Tonnen abgeholt werden, ist nicht davon auszugehen, dass Bürger, die keine solche Tonne nutzen, in einem nennenswerten Umfang extra zu einer Annahmestelle fahren.

Als Wertstoffe verbleiben damit im Wesentlichen nur noch Elektrokleingeräte und CD/DVD.

Bezüglich der Elektroaltgeräte (dies gilt m. E. also für Elektrogroß- und Elektrokleingeräte) wird auch auf die Ausschussvorlagen 3827/2007, behandelt in der

Sitzung des Betriebsausschusses am 25.10.2007 und 1461/2009, behandelt in der Sitzung des Betriebsausschusses am 30.04.2009, verwiesen.

In der Vorlage aus 2007 wurde zur Frage der Nutzung der gelben Tonne für die Entsorgung von Elektrokleingeräten u. a. erläutert:

„Die Verwaltung verhandelt mit den jetzigen und zukünftigen Systembetreibern, dass ab 2010 in den Verträgen die grundsätzliche Öffnung für eine Erfassung und Sortierung der Elektrokleingeräte gewährleistet wird. Parallel wird die Weiterentwicklung der Sortierung beobachtet. Soweit die Systembetreiber einverstanden sind und die technischen Sortiermöglichkeiten bestehen, muss danach geprüft werden, welche Zusatzkosten für die Erfassung und Sortierung der Elektrogeräte entstehen.“

In der Vorlage aus 2009 wurde ausgeführt:

„Im Rahmen der Prüfung des Projektes „Kostenoptimierung der Abfallentsorgung“ bestand u. a. der Auftrag, zu prüfen, ob Erlöse mit der Eigenvermarktung von Elektroaltgeräten erzielt werden können.

Zunächst wurde seitens der Verwaltung davon ausgegangen, dass dies sinnvoll ist, da die Rohstoffpreise für Metall sowie für Elektronikschrott Anfang 2008 auf einem historischen Höchststand waren.

Mit der Banken- und Immobilienkrise gerieten auch die Rohstoffmärkte so stark ins Wanken, dass man seit Dez. 2008 von einem historischen Tiefstand sprechen kann. Bestimmte Schrottarten sind zuzahlungsbedürftig geworden und die Erlöse für qualitativ höherwertige Sorten sind innerhalb weniger Monate um bis zu 70 % gesunken.

Unter Berücksichtigung der zusätzlichen Transportkosten können beim jetzigen Marktpreis keine Erlöse mehr erzielt werden, vielmehr wären bei Eigenvermarktung Zuzahlungen erforderlich.

So empfiehlt der VKS (Verband kommunale Abfallwirtschaft und Stadtreinigung) zunächst die Entwicklung der Rohstoffpreise abzuwarten.

Die Verwaltung wird daher die Marktentwicklung abwarten und bei einer positiven Entwicklung die Selbstvermarktung der Elektroaltgeräte organisieren.“

Aus meiner Sicht ist somit festzuhalten:

Bürger entsorgen außerhalb normaler Abfuhr überwiegend Sperrmüll, Grünschnitt bzw. aufgrund von besonderen Anlässen (Aufräum- oder Renovierungsarbeiten etc.) überdurchschnittliche Mengen an Hausmüll (Restmüll).

Aus der Lebenserfahrung ist davon auszugehen, dass sich nur Wenige extra für Elektrokleingeräte und CD/DVD zu den Annahmestellen begeben werden.

Unter Berücksichtigung des derzeit vorliegenden erheblichen Preisverfalls bei etlichen Rohstoffen, ist nicht anzunehmen, dass die Kosten auch nur annähernd gedeckt werden können.

Sofern die Verwaltung aufgrund einer veränderten Marktlage die Eigenvermarktung von Elektrogeräten tatsächlich einführen sollte oder die grundsätzliche Nutzung der gelben Tonne für die Entsorgung von Elektrokleingeräten ermöglicht würde, blieben für die zusätzlichen Wertstoffhöfe des Verbundes gemeinnütziger Möbellager e. V. und des Umweltzentrums Köln-Sülz nach Ihrer Bedarfsprüfung nur noch die Erträge aus dem Recycling von CD/DVD übrig.

Die Angelegenheit wurde im Vorfeld mit Ihnen am 30.06.20089 mdl. erörtert. Die hierbei erbetenen Angebotskalkulationen für die zwei Wertstoffhöfe gingen am 08.07.2009 bei mir ein und wurden von mir – soweit möglich – ausgewertet:

a) Verbund gemeinnütziger Möbellager e. V., Gestemünder Str. 42, Köln-Niehl

- Auffällig ist, dass die vorliegende Angebotskalkulation des Vereins bereits von einer zweijährigen Probephase ausgeht.
- Der Verein geht weiterhin davon aus, ca. 500 Megagramm (d. h. 500 Tonnen) Wertstoffe in einem dezentralen Wertstoffhof zu erfassen und diese dann ggf. der AWB zur Vermarktung/Entsorgung zu überlassen. Der Begriff „Entsorgung“ ist m. E. an dieser Stelle fragwürdig, denn nach einer mehr oder weniger aufwändigen Erfassung und Separierung, diese Stoffe lediglich zu entsorgen kann nicht Sinn des Projektes sein. Insofern käme hier nur eine „Vermarktung“ in Betracht. Dabei ist hier nicht ausgesagt, ob und inwieweit die AWB diese Variante mitträgt.
- In der Kalkulation wird von den Grundlagen und Annahmen in Kapitel 4 ausgegangen. Diese Unterlagen liegen hier nicht vor, so dass zu dieser Kalkulation keine Beurteilung abgegeben werden kann.

b) Umweltzentrum Köln West gGmbH, Rhöndorfer Str. 14, Köln-Sülz

- Auffällig bei dem Angebot des Umweltzentrums ist, dass für die Anlieferung von Wertstoffen jeweils 400 m² Hallenfläche sowie 400 m² Außenfläche zur Verfügung gestellt werden sollen (Zum Vergleich: Der Verbund gemeinnütziger Möbellager geht in Niehl von Mietkosten für 290 m² aus.) Ansonsten kann auch hier zur Kalkulation keine Beurteilung abgegeben werden.

Beiden Angeboten ist gemein, dass die eingesetzten Arbeitnehmer zumindest im ersten Jahr erst geschult werden müssen. Während beim Möbelverein für die Tätigkeiten acht Arbeitnehmer vorgesehen sind (die dabei von der ArGe Köln finanziert werden), geht man beim Umweltzentrum von 1,2 Arbeitnehmern aus.

Abschließend ist noch auf die Öffnungszeiten einzugehen. Beim Umweltzentrum werden die bisher schon vorhandenen Öffnungszeiten zugrunde gelegt (Mo – Fr

09.00 – 18.00, Sa 10.00 – 14.00 Uhr). Diese Öffnungszeiten sind wesentlich kürzer als die der schon vorhandenen Abfallcenter (Mo – Fr 08.00 – 20.00, Sa 08.00 – 16.00 Uhr). Der Rat hatte am 08.11.2007 eine Verlängerung der Öffnungszeiten beschlossen, um gerade für Berufstätige eine erhebliche Leistungsverbesserung zu erreichen. Es ist daher nicht davon auszugehen, dass die zusätzlichen Wertstoffhöfe verstärkt von den Bürgerinnen und Bürgern aufgesucht werden, da diese zumindest in der Woche für Berufstätige nicht lang genug geöffnet haben.

Nach alledem habe ich erhebliche Zweifel, ob das Projekt in der Form überhaupt ökonomisch betrieben werden kann. Ihr Hinweis, dass die Finanzierung der vorgesehenen Maßnahmen aus dem Gebührenhaushalt und damit nicht zulasten der Stadt Köln erfolgt, ist für die Beurteilung nicht relevant und als Begründung für den vorgesehenen Pilotversuch auch nicht nachvollziehbar. Ich sehe mich im Rahmen meiner Aufgabenerledigung verpflichtet, nicht nur Nachteile für die Stadt Köln sondern auch unmittelbar für ihre Bürgerinnen und Bürger (als Gebührenzahler) zu vermeiden.

Die vorgesehene Probephase mit voraussichtlichen Kosten von rd. 160.000 € ist nach meiner derzeitigen Einschätzung entbehrlich. Deshalb vermag ich Ihre Bedarfsprüfung lediglich zur Kenntnis zu nehmen.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Schneider